

Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzig deutsche Tageszeitung in Litauen.

Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g. vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postscheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 65.

Kowno, Sonnabend 9. April 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags.
Abonnementpreis fürs Inland per Post und Anzeigebestellen
für 1 Monat — 10 M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland
für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark
an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenschnitt) 4 M. 50 Pf.
Stellensuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark.
Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.

Zur litauisch-polnischen Streitfrage.

Note Zeitgowskis an die polnische Regierung.

WARSAU, 6. 4. (Elta).

Nach einem Funkpruch aus Warschau hat General Zeitgowski, anlässlich der Note des polnischen Ministers des Ausseren, Sapieha, vom 11. März an den Völkerbund, nach Warschau eine Note gerichtet, in welcher er feststellt, dass die Einnahme Wilnas gegenüber dem litauisch-russischen Vertrag vom 12. Juli 1920 bedeute, indem die Bevölkerung das unbestreitbare Recht geltend mache, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Einberufung des Seims hätte viel zur Lösung dieser Frage beigetragen.

Auf die Nachricht hin, dass der Völkerbund bereit sei, den litauisch-polnischen Streit zu schlichten, gingen die Einwohner darauf ein, in dem Vertrauen, dass dieser Streit von dem internationalen obersten Gerichtshof unparteiisch entschieden werden würde. Bei diesem Streit handle es sich nicht allein um einen Streit zwischen Warschau und Kowno, sondern auch um einen Streit zwischen Kowno und Wilna. Man hatte angenommen, dass Wilna mindestens dasselbe Recht haben würde wie Kowno. Statt beide Parteien zu einer Einigung zu bringen, hat die Kontrollkommission die Bevölkerung misstrauisch gemacht.

Vielmehr wurde durch die Intervention der Kontrollkommission, der höchsten Instanz des Völkerbundes,

1) die Befreiung der Gebiete, die von der Kownoer Truppen besetzt gehalten wurden, verhindert, ungeachtet dessen, dass sie verpflichtet waren, sich hinter die Demarkationslinie zurückzuziehen;

2) die Mobilisation der Bevölkerung unterbrochen, deren Zweck in der Verteidigung des Landes lag. Die Kownoer Regierung dagegen zog zur selben Zeit an den Stellen, wo Waffenstillstand herrschte, Truppen zusammen;

3) ungeachtet der Willenskundgebungen des Volkes, eine Abstimmung herbeizuführen, wurden die Wahlen für den Seim untersagt;

4) wurde ein Referendum abgelehnt.

Zeitgowski geht darauf ein, sich bis zu einer Entscheidung durch die Verhandlungen in Brüssel an die Weisungen der polnischen Regierung, sowohl hinsichtlich der zivilen als auch militärischen Verwaltung, zu halten.

Jedoch gibt er seiner Hoffnung Ausdruck, dass

1) die polnische Regierung niemals auf eine Schlichtung des Streites durch ein Schiedsgericht eingehen werde;

2) der Wille der Wilnaer Bevölkerung auch dann nicht vergessen werden möchte, wenn die Brüsseler Verhandlungen zwischen Litauen und Polen freundschaftlich ausgehen. Das Wilnaer Gebiet könne nicht geteilt werden, da es eine untrennbare Einheit bilde;

3) die polnische Regierung, falls die Brüsseler Verhandlungen kein positives Ergebnis haben sollten, nicht säumen wird, sofort den Seim zu berufen, und dass sie ausserdem vom Völkerbund die Ermächtigung erwirken wird, Vertreter zu diesem Seim auch in den Gebieten wählen zu lassen, die der Kownoer Regierung unterstellt sind.

Jede andere Lösung der Wilnaer Frage würde bei der Bevölkerung Unzufriedenheit hervorrufen und sie dazu treiben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Exkaiser Karls Rückkehr.

BUDAPESCHT, 6. 4.

In der Nationalversammlung führte Ministerpräsident, Garfi Telecki, bei der Erwähnung der Abreise des Exkaisers aus, die Regierung hoffe, dass die Abreise auf die innere und äussere politische Lage beruhigend einwirken werde. Die unerwartete Ankunft Karls habe die ungarische Nation vor eine schwere Belastungsprobe gestellt, die aber glücklich bestanden worden sei. Jeder vorurteilslose Beobachter müsse zugeben, dass kein Faktor durch die schwierige Lage auch nur einen Augenblick ins Wanken geraten sei.

BERLIN, 7. 4. (Elta)

Wie die Blätter berichten, war der Sonderzug des Exkaisers in Bruck in Steiermark von Tausenden von Arbeitern, die die Weiterfahrt unmöglich machten, aufgehalten worden. Sie verlangten, dass der Exkaiser das Versprechen abgebe, nie wieder den Versuch zu machen, nach Oesterreich zurückzukehren und drohten, ihn aufzuhängen.

Der Zug des Exkaisers blieb ausserhalb des Bahnhofes bei Frohnleiten stehen.

BERLIN, 7. 4. (Elta)

Zu dem Zwischenfall auf der Station Bruck wird aus Wien berichtet, dass nach längeren Verhandlungen mit den Eisenbahnarbeiterabgeordneten der Zug die Fahrt weiter fortsetzte.

BUCHA, 7. 4. (Elta)

Der Sonderzug des Exkaisers passierte gegen 5 Uhr nachmittags die oesterreichisch-schweizerische Grenze.

Zur Lage in England.

Fast 1 1/2 Millionen Arbeitslose.

PARIS, 6. 4.

Nach einer Meldung des Londoner Sonderberichterstatters des „Echo de Paris“ soll die englische Regierung angesichts der ersten Lage in der Arbeiterfrage die sofortige Zurückberufung des Bataillons beschlossen haben, das anlässlich der Abstimmung in Oberschlesien dorthin gesandt worden war.

LONDON, 6. 4.

Am 24. 3. waren in England 1.413.751 Arbeitslose bei den Arbeitsbörsen eingeschrieben.

LONDON, 6. 4.

Unterhaus: In Erwiderung auf das Ersuchen um Eingreifen der Regierung im Kohlenstreik erklärte Lloyd George, die Regierung sei gewillt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass keine Rede von der Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes oder von der Wiederaufnahme der Regierungskontrolle sein könne, aber innerhalb dieser Grenzen gäbe es eine weite Feld für Verhandlungen. Die Regierung sei gewillt, alles zu tun, was sie könne, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und ein gutes Einverständnis zwischen den Bergwerksbesitzern zu fördern.

LONDON, 6. 4.

Die Transportarbeiter haben beschlossen, die Bergarbeiter zu unterstützen.

LONDON, 7. 4. (Elta)

In seiner Rede im Unterhause führte Ministerpräsident Lloyd George ferner aus, dass die Regierung alles daran setzen werde, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beseitigen und eine Einigung zwischen den Grubenbesitzern und den Grubenar-

Kino-PALAS, Kowno.
ab 4 April „BERLIN W“.

Bessentfilm mit ersten Berliner Künstlern
Täglich nur 2 Vorstellungen pünktlich um 6 Uhr u. 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf v. II—I Uhr im Theater-Büro I. Treppe.

beitern zu erzielen. Die Arbeiterschaft habe jedoch dafür zu sorgen, dass die Bergwerke während der Verhandlungen nicht zerstört werden. Lloyd George gab ferner der Hoffnung Ausdruck, dass die Vertreter der Bergwerksbesitzer unverzüglich mit den Vertretern der Regierung, oder auch ohne sie, zusammenkommen werden, um zu einer Einigung mit den Arbeitern zu gelangen.

Die Verhandlungen wurden auf den 7. April verlegt.

In Deutschland wieder Ruhe.

MAGDEBURG, 6. 4. (Elta)

Aus der ganzen Provinz sind besonderen Nachrichten nicht zu verzeichnen.

Der Kampf gegen den Kommunismus.

BERLIN, 6. 4. (Elta)

Nach einer Meldung aus München wurde bei einer Besprechung kommunistischer Führer im Landeshaus der früheren Polizeipräsident der Münchener Räterepublik, Köberl, verhaftet. Er wird beschuldigt, an der Herstellung des Flugblattes, das die Arbeiter zum Generalstreik anruft, beteiligt zu sein.

MADRID, 6. 4. (Elta)

Die Madrider sozialistische Parteilinie hat den Beitritt zur Dritten Internationale abgelehnt.

Entente gegen deutsche Polizei.

BERLIN, 7. 4. (Elta)

Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ hat die interalliierte Militärkontrollkommission dem Auswärtigen Amt eine neue Note über die deutsche Polizei zugehen lassen. Sie behauptet darin, die Polizei trage urzulässigenweise noch immer den Charakter einer beweglichen militärischen Streitkraft. Sie stehe auf dem Standpunkt, dass die in der Note von Boulogne festgesetzten 150.000 Mann nicht nur die Uniformpolizei, sondern auch die Polizei in Zivil (Kriminal- und Verwaltungspolizei) umfassen müsse.

Das Auswärtige Amt hat dargelegt, dass die jetzige deutsche Polizei den in der Note von Boulogne gestellten Forderungen durchaus entspreche.

Die Ereignisse in Mitteldeutschland haben von neuem gezeigt, dass die Polizei mit den wenigen Waffen den Aufgaben nicht gewachsen sei, die an sie herantreten können. Die deutsche Regierung müsse sich unter diesen Umständen vorbehalten, neue Anträge wegen besserer Bewaffnung zu stellen.

Zusammenstoss zwischen Türken und Franzosen.

LONDON, 7. 4. (Elta)

Nach einer Meldung der Times vom 3. April aus Konstantinopel haben die Türken, wie aus Cilicien berichtet wird, den Kampf mit den Franzosen begonnen. Die Franzosen hatten 20 Tote. Diese Nachricht bestätigt die Gerüchte über die Aufhebung des zwischen Frankreich und der Regierung von Angora in London unterzeichneten Vertrages.

Austausch von Rückwanderern zwischen Wilna und Kowno.

KOWNO 7. 4. (Elta)

Die Völkerbunds-Kontrollkommission hat von dem Vertreter der polnischen Regierung in Wilna

